

Berlin, den 26.04.2019

**Stellungnahme  
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
an die Europäische Kommission**

**zur Bekanntmachung der Kommission bezüglich der  
„Rückforderung rechtswidriger und mit dem Binnenmarkt unvereinbarer  
staatlicher Beihilfen“**

Die Bundesregierung begrüßt die Bestrebungen der Kommission, die Grundsätze ihrer Rückforderungspolitik zu überarbeiten. Die Bundesregierung erlaubt sich, der Kommission die nachstehenden Anmerkungen zu übermitteln.

**Beihilfenrückforderung**

• Zu Pkt. 4.1.

Für die Praxis wäre es hilfreich, wenn die Verlängerung von Rückforderungsfristen weniger restriktiv beschrieben würde. Gerade bei komplexen Verfahren, vor allem bei Insolvenzverfahren des Beihilfeempfängers oder bei Verfahren vor nationalen Gerichten, sind die Vorgaben im Rückforderungsbeschluss, wann die Beihilfe spätestens rückabzuwickeln ist, oft unrealistisch. Weder bei Insolvenzverfahren noch bei nat. Gerichtsverfahren ist ein Abschlussdatum vorhersehbar. Damit ist der MS verpflichtet, rechtzeitig regelmäßig Fristverlängerungsanträge bei der Kommission zu stellen und die Kommission verpflichtet, für jeden Antrag einen neuen Beschluss zu erlassen (Rdnr. 77).

Änderungsvorschlag Rdnr. 74: *„Die Praxis der Kommission besteht darin, eine Verlängerung der Frist für die Umsetzung ihres Beschlusses ~~nur unter außergewöhnlichen Umständen~~ in begründeten Einzelfällen zu gewähren, nämlich nur dann, wenn der Mitgliedstaat stichhaltig nachweisen kann, dass keine andere Maßnahme, die zu einer fristgerechten Umsetzung des Kommissionsbeschlusses führen könnte, wirksam wäre.“*

Ergänzungsvorschlag: Rdnr. 77 *„Zur Verlängerung der Rückforderungsfrist kann die Kommission einen neuen Beschluss erlassen oder die Frist aufheben und eine halbjährliche Berichterstattung zum Verfahrensstand (insbesondere bei Insolvenz- oder Gerichtsverfahren) zulassen“.*

Siehe dazu auch Rdnr. 21. „*Ein Mitgliedstaat, der von einem Rückforderungsbeschluss betroffen ist, muss der Kommission regelmäßig über die Umsetzung des Beschlusses Bericht erstatten*“.

- Die Vorgaben für das Verhalten des Rückforderungsgläubigers in der Insolvenz sind zu einseitig am Interesse der Kommission ausgerichtet. Aus haushalterischer Sicht wäre es wünschenswert, wenn der Entwurf die Möglichkeit nennt, eine Sanierung zu unternehmen, wenn dies im Ergebnis für den staatlichen Gläubiger günstiger ist als das Insolvenzverfahren.

- Zu Pkt.4.3.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die präzise Festlegung der genannten Mindestvoraussetzung für das Vorliegen rechtsverbindlicher Entscheidungen Aufgabe der Kommission ist. Solange die Kommission im Verlauf ihrer Vorprüfverfahren – trotz ihrer durch die Verfahrensordnung vorgesehenen, breit gefächerten Erkenntnismethoden – nicht in der Lage ist, den Rückforderungsbetrag und Schuldner genau zu bezeichnen, ist eine Rückforderungsentscheidung nicht statthaft, weil sie zu pauschal und unbestimmt wäre. Die Europäischen Gerichte haben in ihrer Rechtsprechung die Pflicht der Kommission festgeschrieben, in einer an den Mitgliedstaat gerichteten Rückforderungsentscheidung die Beihilfeempfänger genau zu bestimmen. Die Feststellung des Beihilfeempfängers ist notwendigerweise eine wesentliche Sach- und Rechtsfrage. Die Kommission darf die Präzisierung der Rückforderungsbetroffenen nicht dem Mitgliedstaat überlassen, was sich bereits aus dem Transparenzgebot ergibt. Anderenfalls bestünde die Gefahr, dass – trotz pflichtgemäßem Bemühens des Mitgliedstaats um ordnungsgemäße Bestimmung des Kreises der Rückzahlungsverpflichteten bestimmte Unternehmen, die aus Sicht der Kommission als potentielle mittelbare Beihilfenempfänger qualifiziert werden, ungebührlich lang unter dem Damoklesschwert einer etwaigen weiteren Rückforderungsanordnung der Kommission stehen. Dies würde weder dem Rechtsstaatsprinzip noch den Kriterien von Artikel 288 Absatz 4 AEUV gerecht.

Aus diesem Grund hält die Bundesregierung die Forderung der Kommission nicht für zulässig, die Mitgliedstaaten zu verpflichten, von sich aus die Rückforderung ggf. auf weitere Firmen auszudehnen, wenn sich im Verlauf der Durchführung einer Entscheidung zeigt, dass die Beihilfe an andere Unternehmen weitergeleitet wurde. Aus der Rechtsprechung der Gemeinschaftsgerichte ergibt sich,

- dass die Kommission selbst den Beihilfeschuldner festlegen muss,

- dass eine Ausweitung der Rückforderung auf andere Unternehmen als den ursprünglichen Empfänger der mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbaren Beihilfe nur unter bestimmten Bedingungen erfolgt, und
- dass die Kommission das Vorliegen dieser Bedingungen belegen muss<sup>1</sup>.

### **Sonstige Anmerkungen**

- Zu Pkt. 3.2: Soweit Rdn.68 die Vorzüge eines zentralen Rückforderungsmanagements herausstellt, wird betont, dass sich die föderale Struktur in Deutschland auch im Beihilferecht bewährt hat. Die derzeit geltende Rückforderungs-Bekanntmachung von 2007 enthält zudem folgende zutreffende Klarstellung, die wieder aufgenommen werden sollte: „Im Gemeinschaftsrecht ist nicht geregelt, welches Organ eines Mitgliedstaates konkret für die Umsetzung einer Rückforderungsentscheidung zuständig ist. Dies ist im Recht der einzelnen Mitgliedstaaten festzulegen.“ (Rz. 46)
- Zu Pkt.. 4.3.2. Hinsichtlich der Beihilfehaftung des Erwerbers im Asset und Share Deal stellen die Ausführungen nicht deutlich genug auf den maßgeblichen Punkt, die Zahlung eines marktüblichen Kaufpreises durch den Erwerber, ab. Soweit der Käufer in beiden Varianten der Übertragung einen Preis gezahlt hat, der den Beihilfevorteil enthält, kann er hieraus keinen Wettbewerbsvorteil mehr ziehen. Eine diesbezügliche Klarstellung wäre wünschenswert.
- Zu Pkt. 2.4.1.2  
Rdn. 39. Die Ausführungen zum Vertrauensschutz, der Rechtskraft und der Verjährungsunterbrechung sind zu einseitig an den Interessen der Kommission ausgerichtet. Bedauerlicherweise beschränkt sich die Mitteilung auf die Nennung von Umständen, die keinen Vertrauensschutz begründen. Für die Praxis wäre es aber hilfreich, zusätzlich einen nicht abschließenden Beispielskatalog mit positiven Vertrauenstatbeständen zu erhalten.
- Zu Pkt 4.7  
Rdn. 125. Der generelle Ausschluss einer Ratenzahlung schließt ein wichtiges Mittel im Rahmen des Forderungsmanagments aus und geht daher zu weit. Eine marktübliche Verzinsung wäre ausreichend, um den Vorteil, den der Beihilfeempfänger durch die ausnahmsweise Vereinbarung einer Ratenzahlung erhält, auszugleichen.
- Zu Pkt. 4.8

---

<sup>1</sup> Urteil des Gerichtshofs vom 29. April 2004 in Rs. C-277/00, *Deutschland/ Kommission, SMI*, Slg. 2002, I11695.

- Rdn. 134. Die Mitteilung ordnet an, dass Vermögenswerte und Beteiligungen zu Marktbedingungen, in einem offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren veräußert werden. Es erscheint nicht erforderlich, dass darüber hinaus ein unabhängiger Sachverständiger die Vermögensgegenstände bewerten muss. Es wird angeregt, den Satz zu streichen.
- Rdn. 135. Aus Sicht der Bundesregierung, sollte ein endg. Abschluss des Rückforderungsverfahrens auch erfolgen, wenn der zurückzufordernde Beihilfebetrag zur Insolvenztabelle ordnungsgemäß angemeldet wurde und das zuständige Gericht den Insolvenzplan genehmigt hat. Eine Weiterführung des Rückforderungsverfahrens über diesen Zeitpunkt hinaus ist in der Sache nicht gerechtfertigt und stellt eine unnötige Bürokratie dar.